

FDP Fraktion Obertshausen Haushaltsrede 10.12.09

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Damen und Herren,

alle Jahre wieder – die Haushaltsberatung ist da und alle Fraktionen stellen dar, was ihnen im nächsten Jahr ganz besonders am Herzen liegt.

Der Bürgermeister hat den Haushalt eingebracht mit dem Zitat aus dem Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung: „Mit Mut zur Zukunft – für unser Land!“.

Den Mut zur Zukunft brauchen wir auch in Obertshausen – gilt es doch, angesichts ganz schwieriger finanzieller Lage in engem Rahmen Akzente zu setzen, die die Zukunft von Obertshausen positiv gestalten und Veränderungen vorzunehmen, die uns im Umgang mit den Herausforderungen von morgen in eine bessere Lage versetzen.

Die Zahlen der allgemeinen finanziellen Lage werde ich jetzt nicht wiederholen – Fazit: uns brechen die Einnahmen weg, vor allem aus der Einkommensteuer und der Gewerbesteuer.

Erklärungsversuche gibt es natürlich: die Finanz- und Wirtschaftskrise geht auch an Obertshausen nicht spurlos vorbei, örtliche Betriebe mussten Entlassungen aussprechen. Wenn es den Betrieben und den Bürgern schlechter geht, dann bleibt der Stadt auch weniger Geld. Wenn man dann noch eine Struktur bei den Gewerbesteuerzahlern hat, in der ganze 11 Betriebe 52% der Gewerbesteuereinnahmen leisten, dann sind die Einbrüche deutlich härter als in manchen Nachbargemeinden.

Wie kann man da gegensteuern – mit Steuererhöhungen? Beliebte Forderung der Kommunalaufsicht ist die Erhöhung der Grundsteuer B und der Gewerbesteuerhebesätze. Da die Gewerbesteuer vom Gewinn abhängt, bringt ein höherer Hebesatz als Einnahmequelle herzlich wenig, wenn er mit 0 multipliziert wird und verhindert dabei Neuansiedlungen von Unternehmen oder begünstigt Abwanderungen – denken Sie in unserer Region an die Deutsche Börse, die von Frankfurt nach Eschborn zieht und dadurch Millionen sparen möchte. Denken Sie bitte auch daran, dass wir ein neues Gewerbegebiet namens Herbäcker mit Betrieben füllen wollen. Die Grundsteuer kann unseren Fehlbedarf auch nicht auffangen und zur Steigerung der Einkommensteueranteile brauchen wir mehr Menschen mit eigenem Einkommen in Obertshausen – steuern können wir das nicht, wir können allerdings einige Rahmenbedingungen setzen, die sich mittel- bis langfristig positiv auswirken können.

Diese Lage müssen wir den Bürgern transparent machen. Das Verständnis für Maßnahmen, die sich aus dieser Lage ableiten ist größer als allgemein angenommen. Die Leute sind weder dumm noch wollen sie belogen werden.

Was sind für uns Liberale die wichtigsten Punkte im Haushalt 2010?

Allgemein wollen wir uns auf unsere Pflichtaufgabe, die Daseinsvorsorge, konzentrieren. Dieser Begriff umschreibt die staatliche Aufgabe zur Bereitstellung der für ein sinnvolles menschliches Dasein notwendigen Güter und Leistungen – die sogenannte Grundversorgung. Für uns sind das Infrastruktur und Städtebau bzw. Stadtumbau als Rahmenbedingungen für ein Gemeinwesen.

Wir wollen, dass die Gebührenhaushalte ausgeglichen sind – mit Ausnahme der Kindergärten.

Wir wollen Steuererhöhungen vermeiden – das geht nur mit Finanzdisziplin; denn die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Wenn die Wirtschaft wieder anspringt, müssen wir auch konsequent die aufgehäuften Schulden tilgen.

Das für uns wichtigste und dringlichste Projekt in Haushalt 2010 ist der Einkaufsbereich im Stadtteil Obertshausen. Im Stadtumbaukonzept haben wir einstimmig beschlossen, dass die Aufwertung des Straßenraumes Beethovenstraße und Heusenstammer Straße für uns Priorität 1 hat und kurzfristig umgesetzt werden soll.

Wir möchten, dass der Anschluss Heusenstammer Str./Beethovenstr. als Kreisel gestaltet wird, was die Erreichbarkeit der Beethovenstraße als Einkaufsstraße verbessert, weil man von Heusenstamm kommend dann wieder direkt links in die Einkaufsstraße abbiegen kann und nicht mehr über Von-Stauffenberg-Str. und andere enge Wohnstraßen fahren muss. Der Kreisel war früher schon mal im Gespräch als Alternative zu der in die Jahre gekommene Ampelanlage. Wir möchten ihn jetzt bauen,

um den Zugang zur Einkaufsstrasse zu verbessern. „Plus“ und „Penny“ waren einst dort in der Gegend ansässig, sind weggezogen und haben sich in Hausen in unmittelbarer Nähe zu den anderen Discountern niedergelassen. Man könnte meinen, dort würden sich die Händler gegenseitig das Wasser abgraben – das Gegenteil ist der Fall. Die Konsumenten wollen bequem mit dem Auto ihre Großeinkäufe machen können und fahren für ein solches Angebot auch längere Strecken. Es hat aber nicht jeder ein Auto – wenn wir es zulassen, dass der Einkauf des täglichen Bedarfs aus den Ortskernen herausgeht, dann schließen wir Teile der Bevölkerung von der Daseinsvorsorge aus. Der Weg von der Bieberer Straße in Obertshausen in die Feldstraße in Hausen ist ganz schön lang ohne Auto.

Die Einzelhändler wiederum brauchen die Konsumenten mit den Großeinkäufen und können nicht von den gelegentlichen Apfel- und Brühwürfelkäufern leben.

Ob es uns gefällt oder nicht: die bequeme Erreichbarkeit mit dem Auto ist ein Erfolgsfaktor, ohne diesen Erfolgsfaktor wird die Frequenz weniger, die Läden leerer, die Händler geben auf und ein Stadtteil mit 12500 Einwohnern hat am Ende der Entwicklung keine funktionierende Infrastruktur mehr. Im Moment hat der Stadtteil Obertshausen mit 12500 Einwohnern einen Supermarkt. Der andere Ortsteil Hausen hat alle anderen Supermärkte – es sind nicht wenig. Mittelfristig werden sich dann die Bürger anderswo hin orientieren, es werden keine Neubürger in diese Gegend mehr zuziehen, wenn die Infrastruktur schlecht wird oder gar ganz fehlt und – wie hat es Thomas Zeiger vor Jahren so griffig für die Bahnhofstraße formuliert – es wird „aussehen wie in Moskau“ – nur jetzt eben auch in der Beethovenstraße.

Was kann man noch tun, um den Prozess zu stoppen und gegenzusteuern? Der Kreisel alleine genügt natürlich nicht. Was die Bürger dort noch abschreckt ist zum einen ein in Spitzenzeiten nicht ausreichendes Parkplatzangebot. Ja, es gab Untersuchungen, die zu einem anderen Ergebnis gekommen sind – demnach ist der Parkraum dort in Summe ausreichend bemessen. Die Verkehrsplaner und wahrscheinlich die Normen halten es für zumutbar, dass ein REWE-Kunde oder Post-Paketabholer am Ende des Beethovenparks an der Schulstr. parkt oder auf dem Parkplatz gegenüber der Commerzbank und seine Einkäufe dann über diese Strecke zum Auto schleppt. Die Abstimmung mit den Füßen kennt andere Normen. Und wieder: ob es uns gefällt oder nicht, dass die Leute alles mit dem Auto machen wollen und am liebsten ins Geschäft noch reinfahren würden; wenn wir einen lebendigen Einkaufsbereich haben wollen, müssen wir hier Angebote schaffen bzw. verbessern. Der Köder muss dem Fisch schmecken, nicht dem Angler.

In der erwähnten Untersuchung wurde allerdings aufgezeigt, dass der als knapp empfundene Parkraum im unmittelbaren Einkaufsbereich von den Dauerparkern herrührt, die ca. 50% dort ausmachen – Anwohner und Angestellte in der Beethovenstr, auch aus dem Rathaus. Daher rührt die Idee, hinter dem Rathaus einen weiteren Parkplatz anzubieten, in dem längeres Parken erlaubt wird und den unmittelbaren Einkaufsbereich als Kurzparker auszuweisen. In Spitzenzeiten wird auch immer kritisiert, da sich die Verkehrsströme von Fußgängern, Radfahrern und Autofahrern kreuzen, es zu Situationen kommt, die von den Beteiligten als stressig empfunden werden. Der Radweg ist nach einer StVO-Änderung keiner mehr, es darf in der Tempo 30-Zone auf der Straße gefahren werden, der breite Gehweg wird aber weiterhin aufgrund der farblichen Markierung als Radweg angenommen. Dort gibt es Slalom mit den Fußgängern und parkende Autofahrer müssen diesen breiten „Rad- und Fußweg“ beim Ein- und Ausparken kreuzen. Wir wissen noch nicht, wie wir diese Situation lösen können, wir wissen aber, dass wir sie verbessern wollen. Wir möchten, dass sich Verkehrsplaner die Situation anschauen und Verbesserungsvorschläge erarbeiten – womöglich müssen Grundstücke dafür von der Stadt gekauft werden oder getauscht werden – die Parkplätze sind Privatgrundstücke. Dafür wollen wir das Geld bereitstellen – wir brauchen ein Konzept mitsamt Umsetzung, das Ziel ist formuliert.

Unverzichtbarer Bestandteil der Beethovenstraße als Einkaufsstrasse ist auch der Beethovenpark, den wir zusammen mit der Beethovenstraße umgestalten wollen zu einem Platz mit Aufenthaltsqualität. Glücklicherweise ist der Spuk des Überbauens des beliebten Parks überstanden und frühere Befürworter des Zubauens sind heute wieder Befürworter des Parks – das freut uns.

Im Ausschuss hörten wir, es handle sich bei der Beethovenstraße um ein „Prestigeprojekt der FDP“. Das ist Blödsinn. Es ist ein Projekt aus dem gemeinsam beschlossenen Stadtumbaukonzept und eine Investition in die Attraktivität von Obertshausen und ihrer lebendigen Infrastruktur für die

Daseinsvorsorge. Warum hier Anträge vorliegen, das Projekt zu streichen, verstehen wir nicht – ist das der Ausstieg aus dem Stadtumbaukonzept für SPD, Grüne und BfO? Wenn in der Beethovenstraße weiter nichts gemacht wird, dann sind diese Fraktionen die Totengräber unseres Einkaufsbereiches – und eine Kinder- und Jugendfarm oder Bandproberäume können das nicht wettmachen.

Wir hören von diesen Fraktionen auch andere merkwürdige Auffassungen. Zum Beispiel beim neuen regionalen Flächennutzungsplan. „CDU und FDP wollen das Kreuzloch bebauen“, das könne man aus diesem Werk lesen. Hat man dort nicht verstanden, was ein Flächennutzungsplan ist und wie er sich von einem Bebauungsplan unterscheidet oder erzählt man wissentlich dem Bürger die Unwahrheit, da das Risiko in diesem Thema enttarnt zu werden gering ist? Ich weiß nicht, welche der beiden Alternativen schlimmer ist.

Ganz eindeutig: die FDP ist und bleibt gegen die Bebauung des Kreuzloches und des Seewiesenwäldchens – einen Bebauungsplan wird es mit uns nicht geben. SPD, Grüne und BfO geben vor, nur die Streichung der Planungen aus dem Flächennutzungsplan wäre relevant. Das wäre eine Vernichtung städtischer Handlungsalternativen. Wie Sie dem neuen Flächennutzungsplanentwurf entnehmen können, wurden geplante Wohnbauerweiterungsgebiete in Hausen ganz herausgenommen und die Fläche für das Kreuzloch verkleinert, um diese Planungsrechte, die wir haben, aber nicht umsetzen wollen, in Gebiete und Themen umzutauschen, die wir für die städtische Entwicklung und Bebauungspläne wirklich brauchen – also die Umwandlung der militärischen Sondernutzungsfläche Herbäcker in ein Gewerbegebiet, die Erweiterung der Flächen für Holzland Becker und die Ausweisung eines zukünftigen Gewerbegebiets südlich der A3 mit einer Anbindung des Rembrücker Weges an die Umgehungsstraße. Wenn wir diese Planungsgebiete nicht hätten tauschen können, wäre diese Lösung nicht zustande gekommen, denn die Nachbargemeinden passen auf, dass man nicht zu gut dasteht – man sehe sich nur die Reaktionen der Stadt Heusenstamm auf unser Gewerbegebiet Herbäcker an. SPD, Grüne und BfO würden dies für eine schöne Pressemeldung ersatzlos hergeben und Werte für die Stadt vernichten. Wir nicht.

Apropos Nachbarstädte – wir fragen uns jedes Jahr, ob wir die Großgeräte, die der Bauhof und die Feuerwehr mit schöner Regelmäßigkeit anmelden, wirklich als einzelne Kommune beschaffen sollen. Wir stellen nicht in Abrede, dass man diese Geräte benötigt, aber wir würden uns wünschen, dass man hier die Möglichkeit einer gemeinschaftlichen Anschaffung in der interkommunalen Zusammenarbeit ernsthaft prüft.

Ich möchte noch Stellung nehmen zu 2 Punkten, die uns in den letzten Wochen beschäftigt haben.

Thema Erlebnisbad: warum nehmen wir dafür Geld in die Hand in unserer finanziellen Lage?

Zum einen, weil wir als Verpächter für die Beseitigung von Baumängeln unserer Immobilie zuständig sind – Sie würden als privater Mieter in einer solchen Situation auch die Behebung von ihrem Vermieter einfordern – egal, ob dieser dann gerade Geld übrig hat.

Wir sind auch dafür, dass die Stadt mit monte mare das Saunaangebot erweitert – wenn wir mittel- bis langfristig die Chance haben wollen, dass sich das Objekt tragen kann, müssen wir auf die Sauna- und Wellnessangebote setzen, die die notwendigen Einnahmen bringen können, um den verlustbringenden Schwimmbadbetrieb zu subventionieren. Der Betreiber beteiligt sich an einer solchen Maßnahme über die Erhöhung der Fixpacht und wir können in guten Jahren mit einer Gewinnbeteiligung rechnen. Dies sehen wir insgesamt als die bessere Alternative gegenüber dem Belassen des bisherigen Angebots. Ein Freibadangebot sehen wir nur als Einheit mit dem Erlebnisbad, auch vom Konzept her – Erlebnis- und Eventangebote auf diesem wunderschönen Gelände mit einer kostengünstigen und umweltfreundlichen Lösung für die Freibadtechnik, dem großen Schwimmteich.

Viele Diskussionen gab es den letzten Wochen auch um den Antrag der Teutonia auf Bezuschussung einer Umwandlung eines Kies- und Sandtrainingsplatzes in einen Kunstrasenplatz durch die Stadt in Höhe von 130 T€.

Die Stadt hat in der Vergangenheit solche Anträge für die Vereins- und Sportförderung ohne Auflagen bewilligt. In unserer finanziellen Lage empfinden wir das als schwierig – am Ende des Tages bedeutet das nichts anderes, als dass die Stadt weitere Schulden aufnimmt, damit ein Verein ein Geldgeschenk bekommt, welches ihn in die Lage versetzt, eine Investition zu tätigen, um schöner Fußball zu spielen. Es ist die elementare Aufgabe eines Fußballvereins, sich Gedanken zu machen, wie man mehr Leute für den Fußball begeistern kann, von daher keine Kritik an der Teutonia und ihrem Projekt – das ist ihre Aufgabe. Die Teutonia steckt viel eigenes Geld in das Projekt, das verdient

großen

Respekt.

Nur, wie gehen wir als Stadtverordnete damit um? Der Verein bekommt bereits jährlich aus den 3 städtischen Förderarten (Unterhaltungszuschuss, Übungsleiterzuschuss und Bauhofleistungen) ca. 45 T€.

Wir haben zur Prüfung 3 kritische Fragen gestellt.

- wie können wir den Zuschuss geben, ohne dass dies die haushaltsrechtliche Genehmigung bei der Kommunalaufsicht gefährdet – wenn wir diese Genehmigung nicht bekommen, dann geht gar keine freiwillige Leistung mehr, egal was wir heute beschließen. Mit 9 Mio € Defizit bewirbt man sich auch um ein genaueres Hinschauen.
- wie erklären wir die Gewährung des Zuschusses gegenüber den anderen Vereinen, die auch Projekte haben und diese dann trotz schlechter finanzieller Lage der Stadt in den Folgejahren anmelden werden – Tenor: geht bei Teutonia, geht bei uns auch. Machen wir uns nichts vor: wenn ein Verein einen Kunstrasenplatz hat, ziehen die anderen früher oder später nach. Und wir erinnern uns: in unserem städt. Sportzentrum haben wir einen Kunstrasenplatz vor Jahren auch bereits diskutiert, aufgrund der Kosten aber verworfen.
- Wie erklären wir den anderen Bürgern, die nicht in Sportvereinen aktiv sind, warum „Geld zum Verschenken“ an einen Verein beschafft wird, obwohl angeblich keines da ist und wir dies die Bürger in einigen Bereichen spüren lassen müssen?

Die Lösung wurde in sachlichen Diskussionen gefunden - die reflexhafte Verteidigung von Anspruchshaltungen einiger weniger war dabei nicht hilfreich. Wie sieht diese Lösung aus: Teutonia soll unserer gemeinsamer Auffassung nach den Zuschuss mit Auflagen bekommen – der Antrag liegt heute vor.

Wir haben uns informiert, dass die Kommunalaufsicht Sportförderungsprojekte in kommunalen Haushalten ggf. anders bzw. wohlwollender beurteilen wird.

Teutonia muss die Vorteile durch den Kunstrasenplatz (5000 € weniger Pflegeaufwand nach eigenen Angaben) an den Zuschüssen anrechnen lassen – die Bauhofleistungen waren in den letzten Jahren bei ca. 7T€ und werden jetzt auf 2.500€ gedeckelt.

Die Stadt sichert den Zuschuss grundrechtlich ab und andere Vereine erhalten ein Nutzungs-recht in zumutbarem Rahmen - der Steuerzahler bezahlt in Summe die Hälfte des Kunstrasenplatzes über Zuschüsse von Land, Kreis und Stadt, deshalb sollte es eine breitere Nutzung als durch den Verein alleine geben.

Ungewöhnliche Zeiten erfordern ungewöhnliche Maßnahmen – wir können nicht mehr alle Wünsche bedingungslos erfüllen, so sinnvoll sie auch sein mögen.

Aber es wurde noch Geld für freiwillige Leistungen im Haushalt belassen – sogar große Summen. Wichtig für uns: diese gehen vor allem in den sozialen Bereich, die Betreuung von Kindern und Jugendlichen – es gibt ausreichend Kindergartenplätze mit großer Bezuschussung durch die Stadt, Ferienspiele, betreute Schule, Volksbildungswerk und Musikschule – eine wichtige Bildungseinrichtung, deren Umbau durch den neuen Vorstand angegangen wurde.

Es gibt auch weiterhin Geld für Vereinszuschüsse. Hier fühlen wir uns aber durch historische vertragliche Zusagen und daraus abgeleitete Ausgleichsregelungen für die anderen Vereine gefangen. Eine Neuregelung wäre wünschenswert um Einzelentscheidungen zu vermeiden, die immer je nach Betroffenheitsgrad als ungerecht empfunden werden. Wir wollen neue Wege suchen und auch gehen, die gerecht sind, der Vereinsarbeit gerecht werden aber auch den kommunalen Finanzen.

Einige Worte noch zum Haushaltssicherungskonzept: es ist wenig ergiebig von den Summen – wir sind mit den üblichen Kürzungsrunden nach den vielen Jahren einfach am Ende bzw. sind nur noch freiwillige Leistungen übrig, an denen wir nicht wirklich kürzen wollen, wie Jugend, Vereine und Bildung. Daher ist es wichtig, dass wir darüber nachdenken, wie den Haushalt auf den richtigen Weg bekommen können – zum Beispiel, indem wir anders arbeiten, um Kosten senken zu können. Das Gebäudemanagement ist ein Beispiel dafür – Bündelung aller Gebäudeaufgaben über alle Fachbereiche, Bildung von Pools und dadurch entweder mehr Ergebnisse mit denselben Ressourcen oder dieselben Ergebnisse mit weniger Ressourcen. Die SPD würde dies gerne verhindern, wie man den Anträgen entnehmen kann.

Ich möchte noch auf einige Haushaltsanträge eingehen, die bis gestern vorlagen.

Die SPD zieht sich aus dem Stadtumbau zurück und möchte strukturelle Änderungen in der Verwaltung verhindern. Mut zur Zukunft sieht anders aus, liebe SPD.

Die Anträge der Grünen sind auch nicht besser – dort kommt noch erschwerend dazu, dass die Anträge nicht begründet sind (bei Bedarf wird mündlich begründet – aber mal ehrlich – muss man Haushaltsanträge begründen oder sind die nicht alle selbsterklärend? Muss man Finanzierungen aufzeigen oder spricht man nicht über Geld – man hat es einfach? Muss man wirklich begründen, warum man Geld für Projekte haben will? Zumal die Anträge allesamt – wie auch von der SPD – nach der Ausschusssrunde eingereicht wurden und somit in den Ausschüssen nicht von den Fraktionen vorgestellt und erläutert wurden. Da überlässt man es den anderen Fraktionen, in den Fraktionssitzungen freie Interpretationsübungen zu veranstalten: was wollte uns der Künstler denn damit sagen?

Wahrscheinlich nur, dass die Anträge nicht wirklich ernst gemeint sind.

Bandproberäume – wo denn zum Beispiel? Kinder- und Jugendfarm – soll gemacht werden, aber wo und wie?

Sowohl die Grünen als auch die SPD sind ja keine Anfänger im Stadtparlament, die noch keine Übung in Haushaltsberatungen haben und somit die Abläufe nicht kennen. Es reicht aber wohl vollkommen, wenn man etliche Anträge einreicht und in Pressemitteilungen verkünden kann, dass die böse Mehrheit wieder alles abgeschmettert hat. Und jetzt zum Mitschreiben: nicht grundlos, sondern wegen inhaltlicher Differenzen – siehe Stadtumbau - und/oder handwerklicher Mängel der Anträge. Wir können nicht am Abend der Haushaltsberatung alle Anträge erstmals inhaltlich beraten und uns in den Fraktionen nebenbei noch abstimmen.

Die „Bürger für Obertshausen“ haben wenigstens ihre Änderungsanträge in der Ausschusssrunde eingebracht und erläutert. Inhaltliche Differenzen finden wir hier aber auch.

Im UVB-Ausschuss hat Herr Schulz mal wieder einen runden Tisch zur Haushaltskonsolidierung gefordert. Lieber Herr Schulz, der runde Tisch ist schon da: er heißt Stadtverordnetenversammlung bzw. Ausschuss. Hier ist das Zentrum der politischen Gravitation in Obertshausen und hier wird diskutiert und nicht in diffusen Runden in nichtöffentlichen Hinterzimmern. Wenn Sie Ideen haben, wie man den Haushalt in Obertshausen retten kann und diese loswerden wollen, dann bringen Sie diese ohne Scheu ein - angeblich fehlende runde Tische sind keine Entschuldigung.

Meine Damen und Herren, der Mensch steht im Mittelpunkt liberaler Politik.

Wir wollen die liberale Bürgergesellschaft, in der der Einzelne nicht losgelöst von seinen Mitbürgern lebt, sondern gemeinsam mit ihnen in einer Wertegemeinschaft. Die liberale Bürgergesellschaft lebt vom Engagement und der politischen Teilhabe der Menschen. Denn durch sie wird Politik gestaltet. Sie schöpft ihre Kraft aus der Eigeninitiative und Kreativität ihrer Bürgerinnen und Bürger. Sie stellt sich den vielfältigen Herausforderungen des demographischen Wandels. Wir Liberale vertrauen auf die Leistungsbereitschaft der Menschen und auf einen Staat, der seine Stärke aus der Beschränkung auf seine hoheitlichen Aufgaben schöpft.

Wir wollen bezahlbare Abgaben und Steuern für Gewerbe und Bürger. Wir wollen ein attraktives Obertshausen für (Neu)bürger und Gewerbe, nur dadurch können wir unsere Finanzen wieder auf gesunde Füße stellen.

Die FDP ist das seriöse Korrektiv gegen Partikularinteressen und Populismus in Obertshausen.

Im vorliegenden Haushalt haben wir unsere Ideen und Vorstellungen wie gerade erläutert eingebracht und bitten um Zustimmung.